

PRESSEINFORMATION

Erfurt, den 13.10.2010

Kommunalaufsicht verweigert bürgerfreundliche Straßenausbaubeitragssatzung für Saalburg-Ebersdorf

Dass die Gemeinde Saalburg-Ebersdorf (Saale-Orla-Kreis) auf Betreiben der Kommunalaufsicht eine an die „Mustersatzung“ angelehnte Straßenausbaubeitragssatzung beschließen musste, stößt beim Kommunalexperthen der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Frank Kuschel, auf großes Unverständnis.

Die Kommunalaufsicht verweigerte die Genehmigung zur erst im Juli dieses Jahres beschlossenen bürgerfreundlichen Satzung mit Umlegungssätzen teils zehn bis 15 Prozent unter den Beitragssätzen der „Mustersatzung“ und brachte die Gemeinde vor dem Hintergrund der laufenden Widerspruchsverfahren in Zugzwang.

Dabei sehe doch der von der Landesregierung angekündigte Entwurf zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes gerade die Erhöhung des gemeindlichen Kostenanteils für Straßenausbau vor, erklärt der LINKE Abgeordnete sein Unverständnis. Zudem verweist Kuschel auf das seitens der Landesregierung verkündete Beitragsmoratorium, „das hier scheinbar zur leeren Worthülse verkommt“. Die Aufsichtsbehörden sein angehalten, keinen zusätzlichen Druck auf die Gemeinden auszuüben. Vielmehr solle die angekündigte Gesetzesänderung im Herbst dieses Jahres abgewartet werden. Dies sei auch vernünftig, betont der Abgeordnete, „denn nur so kann sichergestellt werden, dass die Gemeinden bürgerfreundlichere Neuregelungen unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes auf alle Beitragspflichtigen anwenden können“.

„Vor diesem Hintergrund ist der Vorgang nicht nur vollkommen unverständlich, sondern auch höchst fragwürdig“, unterstreicht der Abgeordnete und kündigt an, sich mit einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung zu wenden.